

GASTBEITRAG

Wie Europa funktionieren kann

von Jo Leinen

Es bewegt sich etwas in Europa. Lange Zeit sah es so aus, als hätten die Le Pens, Wilders', Straches und Farages leichtes Spiel, den destruktiven Weg zurück in den Nationalismus zu propagieren. Doch es formiert sich eine Bürgerbewegung, die dem nicht mehr tatenlos zusehen möchte. In dutzenden europäischen Städten finden sich Woche für Woche zehntausende Menschen zusammen, um für das Zusammenwachsen Europas Flagge zu zeigen - vollkommen unabhängig von Parteien und alteingesessenen Verbänden.

Meinungsumfragen wie auch der Erfolg von Initiativen wie "Pulse of Europe" zeigen, dass eine große Mehrheit der Bevölkerung die europäische Einigung nicht grundsätzlich ablehnt. Vielmehr lehnen die Menschen eine Europäische Union ab, die ihre Versprechen von Wohlstand und Sicherheit nicht einhält. Viele sind der Meinung, Europa könne sich in der globalisierten Welt nur vereint behaupten.

Dies ist zweifellos richtig. Doch was die Menschen sehen, ist ein Basar nationaler Interessen. Statt mit einer Stimme zu sprechen, lässt sich Europa treiben: von Russland, von Erdogan, von den Finanzmärkten und demnächst vielleicht von Trump. In der Finanzkrise wurden die Banken mit Steuermilliarden gerettet, während Teile der europäischen Bevölkerung und ganze Regionen verarmt sind. In der Migrations- und Flüchtlingspolitik mussten die Menschen einen Kontrollverlust staatlicher Strukturen beobachten, der nicht durch die Europäische Union aufgefangen werden konnte. Die Handlungsunfähigkeit der Europäischen Union hat nicht wenige enttäuscht und desillusioniert zurückgelassen.

Die Antwort darauf darf jedoch nicht sein, das europäische Projekt zu zerschlagen. Es geht auch nicht um "mehr Europa" oder "weniger Europa". Es geht darum, in zentralen Bereichen ein starkes und handlungsfähiges Europa zu schaffen. Sowohl die Währungsunion als auch der Schengenraum sind unvollständig und funktionieren nur, solange keine unerwarteten Probleme auftreten. In beiden Fällen versuchen Mitgliedstaaten, die Vorteile der gemeinsamen Politik zu genießen, während die Lasten national und ohne Rücksicht auf den europäischen Kontext getragen werden sollen.

Es kann aber keine dauerhaft erfolgreiche Währungsunion ohne eine europäische Wirtschafts- und Finanzpolitik geben. Ebenso kann ein grenzfreies Europa nicht funktionieren, wenn der Schutz der Außengrenzen und der Umgang mit Flüchtlingen und Migranten innerhalb der EU nicht als gemeinsame Aufgabe begriffen werden. Solange Entscheidungen in diesen Bereichen der Einstimmigkeit unterliegen, wird das altbekannte Spiel kein Ende finden, bei dem Regierungen gemeinsame Lösungen mit nationalen Vetos verhindern und dann vor heimischem Publikum der Europäischen Union die Schuld für die Misere geben, als hätten sie mit dieser nichts zu tun.

Dass die Europäische Union funktionieren kann, beweist sie in jenen Politikbereichen, in denen die Entscheidungen mit der Gemeinschaftsmethode getroffen werden, etwa bei der Gesetzgebung zum Binnenmarkt oder im Umwelt- und Verbraucherschutz. Dabei entscheiden die beiden Ko-Gesetzgeber, welche die duale Legitimationsgrundlage der Union

widerspiegeln, gemeinsam per Mehrheitsbeschluss: Das Europäische Parlament vertritt die Bürgerinnen und Bürger, während der Rat die Mitgliedstaaten repräsentiert. So wird sichergestellt, dass alle Interessen berücksichtigt werden und europäische Lösungen nicht durch Partikularinteressen verhindert werden können.

Dieses Verfahren muss in Zukunft auf alle Bereiche Anwendung finden, in denen die einzelnen Staaten in einer globalisierten Welt nicht mehr genug Einfluss nehmen können. Dazu gehören die Außen-, Sicherheits- und Verteidigungspolitik, die Handelspolitik, die Migrations- und Flüchtlingspolitik sowie die Währungs- und Wirtschaftspolitik. Selbstverständlich zählt auch die Klima- und Umweltpolitik dazu, die ohnehin nur grenzüberschreitend erfolgreich sein kann. Andere Entscheidungen sollten so nah wie möglich am Menschen getroffen werden, also in den Kommunen, Regionen oder Mitgliedstaaten.

Das Europäische Parlament hat sich im Februar 2017 klar für eine Vertiefung der Europäischen Union positioniert. Anfang März hat die Europäische Kommission ein Weißbuch zur Zukunft der EU veröffentlicht, das fünf Szenarien beinhaltet, die von einer Reduktion auf den europäischen Binnenmarkt bis hin zu einer Union mit deutlich mehr Kompetenzen als heute reichen. Dies entspricht der Rolle der Kommission. Es ist nicht ihre Aufgabe, den Weg zu bestimmen. Es sind die europäischen Bürgerinnen und Bürger und die Mitgliedstaaten, die die Richtung vorgeben.

Die Erklärung der Staats- und Regierungschefs zum 60. Jahrestag der Römischen Verträge - der Geburtsstunde eines vereinten Europas - muss deshalb ein klares Bekenntnis zur europäischen Einigung und den Startschuss für eine umfassende gesellschaftliche Debatte über die Zukunft unserer Union anbieten.

Im Idealfall ziehen alle Mitgliedstaaten an einem Strang. Ist dies nicht der Fall, müssen jene Mitgliedstaaten vorangehen können, die dies wollen. Die Länder der Eurozone, um diese zukunftssicher zu machen und andere Staaten, um die gemeinsamen Verteidigungsanstrengungen zu intensivieren. Der Langsamste darf nicht das Tempo der europäischen Einigungspolitik bestimmen.

Jo Leinen sitzt für die SPD im Europäischen Parlament. Er ist Präsident der Europäischen Bewegung International (EMI).

Die EU wirkt wie ein Basar für nationale Interessen. Das kann und muss sich ändern. Die Mittel stehen längst zur Verfügung.